



Kommentarfassung für Juristen zur Musterklausel „KI-Einsatz in Freien Städten“

Posted on Januar 20, 2026 by Redaktion-AnalyseTeam

Vorbemerkung (Adressatenklärung)

Diese Kommentarfassung richtet sich an Juristinnen und Juristen, die Verträge, institutionelle Ordnungen oder rechtliche Rahmenbedingungen in neu entstehenden Gemeinwesen entwerfen, prüfen oder verantworten.

Die **Musterklausel** verfolgt **keinen technikrechtlichen Spezialzweck**, sondern einen **ordnungspolitischen**:

Sie soll verhindern, dass der Einsatz künstlicher Intelligenz stillschweigend in Bereiche vordringt, die rechtlich, politisch oder existenziell nicht delegierbar sind.

Zu § 1 - Begriffsbestimmungen

Zweck der Norm:

§ 1 schafft eine bewusst **weite, technikneutrale Definition** von KI und KI-Systemen. Ziel ist es, Umgehungen durch semantische oder technische Neuetikettierungen zu vermeiden.

Juristische Einordnung:

- Die Definition verzichtet bewusst auf Anknüpfung an konkrete Technologien (z. B. „Machine Learning“, „Deep Learning“).
- Damit bleibt die Klausel zukunftsfest und anpassungsfähig an technologische Entwicklungen.

Bewusste Entscheidung:

Es wird keine Abgrenzung zu klassischer Software vorgenommen, da die rechtliche



Problematik nicht im Code, sondern in der **Automatisierung von Entscheidungsvorbereitung** liegt.

Zu § 2 - Grundsatz des zulässigen Einsatzes

Zweck der Norm:

Diese Vorschrift ist der **normative Kern** der Klausel. Sie bindet den KI-Einsatz strikt an die **vertraglich vereinbarten Aufgaben** zwischen Einwohnern und Betreiber.

Rechtsdogmatische Bedeutung:

- Verhinderung einer „Zweckentgrenzung durch Technik“.
- Sicherung der Vertragsautonomie gegen implizite Erweiterungen.

Wichtig:

Der Begriff „funktionales Instrument“ ist bewusst gewählt, um jede **eigenständige normative Rolle** der KI auszuschließen.

Zu § 3 - Ausschluss hoheitlicher oder autonomer Entscheidungsbefugnisse

Zweck der Norm:

§ 3 zieht eine **harte Grenze** zwischen zulässiger Unterstützung und unzulässiger Machtausübung.

Besondere Relevanz:

Hier wird explizit ausgeschlossen, was in staatlichen Kontexten zunehmend üblich wird:

- automatisierte Sanktionen,
- algorithmische Rechtsdurchsetzung,
- indirekte Verhaltenssteuerung.

Juristische Tragweite:

Die Norm schützt vor einer **funktionalen Verstaatlichung** der KI innerhalb



vertraglicher Ordnungen.

Zu § 4 - Vorrang menschlicher Verantwortung

Zweck der Norm:

Absicherung eines **nicht delegierbaren Verantwortungsrests**.

Systematische Einordnung:

- Anschlussfähig an bestehende Grundsätze des Zivil- und Haftungsrechts.
- Verhindert Verantwortungsdiffusion („Die KI hat entschieden“).

Praktische Bedeutung:

Diese Regel ist entscheidend für Haftungsfragen und für die richterliche Überprüfbarkeit von Entscheidungen.

Zu § 5 - Transparenz und Nachvollziehbarkeit

Zweck der Norm:

Sicherung der **Rechtswahrnehmung** durch die Vertragspartner.

Abgrenzung:

Die Norm verlangt keine vollständige Offenlegung von Quellcode, sondern eine **funktionsbezogene Erklärbarkeit**.

Juristischer Vorteil:

Sie schafft einen Mittelweg zwischen Geschäftsgeheimnissen und Rechtsschutzinteressen.

Zu § 6 - Datenschutz und Datenhoheit

Zweck der Norm:

Stärkung der individuellen Verfügungsmacht über Daten im Rahmen der



Vertragsfreiheit.

Bewusste Abweichung von staatlichen Modellen:

- Kein implizites „öffentliches Interesse“.
- Keine Totalerfassung zur Systemoptimierung.

Rechtliche Anschlussfähigkeit:

Die Norm ist kompatibel mit bestehenden Datenschutzregimen, setzt jedoch **höhere vertragliche Schutzstandards**.

Zu § 7 – Unzulässige Anwendungen

Zweck der Norm:

§ 7 konkretisiert die abstrakten Verbote der §§ 2–4.

Besonderheit:

Die Norm adressiert explizit **psychopolitische und soziale Steuerung**, die häufig nicht als solche benannt wird.

Präventiver Charakter:

Diese Regel wirkt vor allem **abschreckend gegen schlechende Systemerweiterungen**.

Zu § 8 – Auswahl, Beauftragung und Kontrolle

Zweck der Norm:

Zurechnung von Verantwortung.

Wichtig für die Praxis:

- Keine Haftungsflucht durch Outsourcing.
- Klare Zurechnung zum Betreiber.

Juristische Klarheit:



Diese Norm stärkt die Durchsetzbarkeit der Klausel erheblich.

Zu § 9 - Kein Eigenstatus künstlicher Systeme

Zweck der Norm:

Verhinderung jeder Form von **Rechtsfiktion** zugunsten künstlicher Systeme.

Einordnung:

Die Norm positioniert sich klar gegen Debatten um „Rechtspersönlichkeit von KI“ im Vertragskontext.

Rechtsphilosophischer Hintergrund (implizit):

Rechte setzen Verantwortungsfähigkeit voraus.

Zu § 10 - Rechtsfolgen bei Verstößen

Zweck der Norm:

Sicherung der praktischen Wirksamkeit.

Bewertung:

- Klassische zivilrechtliche Sanktionen.
 - Keine Sonderrechtsordnung, sondern Anschluss an bestehende Vertragsdurchsetzung.
-

Zu § 11 - Vorrang der Klausel

Zweck der Norm:

Kollisionsregel zugunsten des Schutzes vor technischer Entgrenzung.

Bedeutung:

Diese Regel verhindert, dass KI-Regelungen durch allgemeine Technik- oder Verwaltungsklauseln ausgehebelt werden.



Gesamtwürdigung (für Juristen)

Diese Musterklausel ist **kein Innovationshemmnis**, sondern ein **Ordnungsinstrument**.

Sie zielt nicht darauf ab, Technik zu verbieten, sondern:

- Macht zu binden,
- Verantwortung zu sichern,
- Vertragsfreiheit ernst zu nehmen.

Gerade deshalb ist sie geeignet für Kontexte, in denen Juristinnen und Juristen **nicht nur verwalten**, sondern **Gestaltungsverantwortung tragen** – etwa in Freien Städten, Sonderzonen oder neuen vertraglichen Gemeinwesen.

[Freie Städte FAQ](#)

Version: 2026-01-20_v1

Autor: Redaktion Analyseteam (in Kooperation mit Eden)

Bezug: Musterklausel – KI-Einsatz in Freien Städten (verbindliche juristische Fassung)

© Redaktion-Analyse-Team, Naturrechte und KI. Alle Rechte vorbehalten.
